

7/SN-244/ME

VERWALTUNGSGERICHTSHOF  
PRÄSIDIUM

Präs 1780-1286/89

Wien, am 31. Okt. 1989  
1014 Wien, Judenplatz 11  
Tel. 63 77 91, Dw.

Geänderte Telefonnummer:  
0222 / 53 111

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	68 - GE 9 89
Datum:	3. NOV. 1989
Verteilt	10. Nov. 1989

An das

P r ä s i d i u m des Nationalrates

Parlament  
1017 W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Berufung der Geschwornen und Schöffen  
(Geschwornen- und Schöffengesetz - GSchG) -  
Stellungnahme

Zu dem vom Bundesministerium für Justiz mit Schreiben vom 12. September 1989 GZ 622.001/32-II 3/89, übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Berufung der Geschwornen und Schöffen (Geschwornen- und Schöffengesetz - GSchG) übermittle ich in Entsprechung des Ersuchens des Bundesministeriums für Justiz 25 Ausfertigungen der am heutigen Tag zur selben Zahl erstatteten Äußerung mit der Bitte um Kenntnissnahme.

Der Präsident:

i.V.

K O B Z I N A

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



VERWALTUNGSGERICHTSHOF  
PRÄSIDIUM

Präs 1780-1286/89

Wien, am 31. Okt. 1989  
1014 Wien, Judenplatz 11  
Tel. 63 77 91, Dw.

**Geänderte Telefonnummer:**  
**0222 / 53 111**

An das  
Bundesministerium für Justiz

1016    W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Berufung der Geschwornen und Schöffen  
(Geschwornen- und Schöffengesetz - GSchG) -  
Stellungnahme

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums für Justiz  
vom 12.9.1989, GZ 622.001/32-II 3/89

Der mit dem oben angeführten Schreiben zugeleitete Entwurf eines Bundesgesetzes über die Berufung der Geschwornen und Schöffen (Geschwornen- und Schöffengesetz - GSchG) gibt mit zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Gegen die Neugestaltung des Geschwornen- und Schöffengesetzes bestehen aus der Sicht des Verwaltungsgerichtshofes keine Bedenken. Es sollten jedoch folgende Ergänzungen erwogen werden:

1. Unter die Ausschlußgründe des § 2 wären ausdrücklich aufzunehmen:  
Personen, für die ein Sachwalter bestellt ist.  
Wer eines Sachwalters bedarf, sollte nicht über andere Menschen urteilen. Die vorgesehene Z. 1 des § 2 ist nicht ausreichend.
2. Unter die Befreiungsgründe des § 4 (auf Antrag) wären aufzunehmen:
  - a) Personen über 60 Jahre (wie bisher),
  - b) Mütter minderjähriger Kinder.

. / .

- 2 -

Die Möglichkeit einer Befreiung nach § 4 Z. 2 des Entwurfes hängt von unbestimmten Gesetzesbegriffen ab. Es bedarf aber einer klaren Lösung. Eine Diskriminierung kann nicht vorliegen, da ja die Person, die keinen Befreiungsantrag stellt, Geschworne oder Schöffin ist.

Überhaupt ist zu bemerken, daß die Formulierung des § 4 Z. 2 keine Rechtssicherheit bewirkt, sondern Ausnahmen nach jeder Richtung hin zuläßt. Häufige Anträge und mehr Rechtsmittel wären die Folge.

Entsprechend dem Ersuchen des Bundesministeriums für Justiz werden unter einem 25 Ausfertigungen der hg. Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Der Präsident:

i.V.

K O B Z I N A

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and strokes, positioned below the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.